



/ ANALYSE /

ALEXANDER T. SCHEUWIMMER

## Die KI-Revolution und ihre Kinder

**D**er Einsatz von KI in Kanzleien wird zur Selbstverständlichkeit. Für die dadurch dringend notwendige Kontrolle benötigen Juristen ein gewisses Grundverständnis, wie KI überhaupt funktioniert.

**EIN NEUES ZEITALTER.** Mit der Sesshaftwerdung ersetzten Ackerbau und Tierzucht das Jagen und Sammeln. Mit der industriellen Revolution ersetzten Maschinen- und Fabrikarbeit die Landwirtschaft. Mit der Computer- und Digitalisierung ersetzten Datenverarbeitungstätigkeiten die manuelle Arbeit. Der Autor dieser Zeilen geht davon aus, dass künstliche Intelligenz (KI) vergleichbare Auswirkungen auf die Arbeitswelt haben wird wie die Sesshaftwerdung in der Jungsteinzeit, die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert und zuletzt die Computer- und Digitalisierung. Die Frage ist nicht, ob, sondern nur wie schnell.

Besonders stark betroffene Berufe werden sich unter anderem in der Medizin (insbesondere bei der Diagnose), im Kundenservice (Stichwort Chatbots) und, so der Herr es fügt, in der Verwaltung finden. Am stärksten und vielleicht als Erstes im großen Stil betroffen werden aber die rechtsberatenden Berufe sein. Ihre Arbeit basiert auf der Analyse von Daten (das Recht) in Form von Text

ALEXANDER T. SCHEUWIMMER

ist Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei TAIYO Legal ([www.taiyolegal.at](http://www.taiyolegal.at)) und Präsident des Österreichischen Juristenverbands ([Juristenverband.at](http://Juristenverband.at)).



(Gesetze, Judikatur und Verträge). Sehr viel Text. Text, den KI-Anwendungen weitaus schneller und präziser durchsuchen, analysieren und wiedergeben können als jeder Mensch. Gepaart mit dem Kostendruck, welchem die Rechtsberatungsbranche ausgesetzt ist, ist sie geradezu dazu prädestiniert, als Erstes von der KI-Revolution aufgemischt zu werden.

Allerdings leidet die KI derzeit noch an Kinderkrankheiten. Die meist zugrunde liegenden großen Sprachmodelle (Large Language Models, LLMs) sind anfällig für sogenannte „Halluzinationen“, sie generieren falsche Informationen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass alle derzeit gängigen Systeme nach wie vor signifikante Fehlerquoten aufweisen.

**WAS SIND HALLUZINATIONEN?** Halluzinationen bezeichnen im Zusammenhang mit KI das Phänomen, falsche Informationen zu erzeugen. Im juristischen Kontext kann dies besonders problematisch sein. Ein bekanntes Beispiel ist der Fall jenes New Yorker Rechtsanwalts, der im März 2023 von ChatGPT erfundene Rechtsprechung in einem Schriftsatz verwendete.

Halluzinationen entstehen, weil Sprachmodelle auf Wahrscheinlichkeiten basieren: Sie „berechnen“ Antworten quasi – basierend auf jenen Unmengen an Daten, mit welchen sie trainiert werden. Vereinfacht ausgedrückt: ChatGPT, Gemini und Co. werden mit einem

Universum an Daten gefüttert. Wenn ein Benutzer dem KI-Programm eine Aufgabe gibt (eine Frage stellt), analysiert das Programm die zur Verfügung stehenden Daten und bietet jene Lösung (Antwort) an, welche am wahrscheinlichsten mit der Aufgabe (Frage) übereinstimmt. Wenn nun aber die Daten zum Beispiel unvollständig oder fehlerhaft sind, kann das Sprachmodell sozusagen falsche Schlüsse ziehen.

Detail am Rande: Gängige Sprachmodelle erkennen weder Ironie noch Sarkasmus – noch. Sie nehmen humoristische Texte aus ihrem Datenpool als genauso „wahr“ an wie alle anderen. Ein Risiko, das im Rechtsbereich freilich vernachlässigbar ist.

**AKTUELLE STUDIENERGEBNISSE.** Ein im Mai 2024 veröffentlichtes Paper von Forschern der Stanford und der Yale University bewertete die Leistung führender KI-gestützter Rechtsrecherche-Tools (allesamt aus den USA) empirisch. Demnach liegt die Halluzinationsrate zwischen 17 und 33 Prozent. Trotz größter Bemühungen und der Verwendung fortschrittlicher Techniken ist das Problem also weiterhin erheblich.

Die hohe Fehlerquote kann auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden, wesentlich sind aber die Trainingsdaten und die Eigenheiten der juristischen Sprache.

**RAG-SYSTEME.** Eine der angewandten Techniken, um Halluzinationen zu begegnen ist Retrieval-Augmented Generation (RAG): Das Programm durchsucht dabei zunächst relevante Dokumente und verwendet (nur) diese dann als Grundlage für die Generierung der Antwort durch das Sprachmodell.

Der RAG-Prozess beginnt üblicherweise mit der Suche nach relevanten

Dokumenten in einer großen Datenbank. So werden bei einer steuerrechtlichen Anfrage zunächst alle Dokumente, welche sich mit Steuerrecht befassen, ausgewählt. Diese Dokumente werden dann in einem zweiten Schritt verwendet, um den Kontext für die Antwort zu liefern. Das Sprachmodell generiert schließlich die Antwort – basierend auf den ausgewählten Dokumenten.

Aber selbst RAG-Systeme sind nicht fehlerfrei. Eine Fehlerquelle ist die Auswahl der relevanten Dokumente. Wenn das System nicht die relevantesten Dokumente auswählt, kann die vom Sprachmodell generierte Antwort auf irrelevanten (oder sogar falschen) Daten basieren. Ebenso kann die KI Schwierigkeiten haben, den Kontext korrekt zu erfassen.

**AUSWIRKUNGEN AUF DIE PRAXIS.** Die rechtsberatenden Berufe werden von KI-Programmen vor neue Herausforderungen gestellt. Einerseits ist es unvermeidlich, das Potenzial der neuen Anwendungen zu nutzen. Schon bald wird kein Mandant mehr bereit sein, für eine Recherche Dutzende oder gar Hunderte

Stunden von Arbeitszeit zu bezahlen. Andererseits müssen die von einer KI-Anwendung generierten Ergebnisse überprüft werden. Anders als das Überprüfen der Arbeitsergebnisse eines weniger erfahrenen Kollegen zum Beispiel erfordert diese

Form des Überprüfens ein gewisses Verständnis für die Funktionsweise von KI-Technologie. Aus einer Vielzahl von Artikeln zu einem bestimmten Thema, welche einhellig die Rechtsansicht A vertreten, kann eine KI-Anwendung fälschlich die Schlussfolgerung ziehen, A sei richtig – auch wenn in Wahrheit das Oberste Gericht (in Zivilsachen ist das der OGH) schon seit Jahrzehnten B judiziert. Dieses konkrete – falsche – Ergebnis ist insbesondere dort wahrscheinlich, wo es einfach keine neue Judikatur gibt – ohne ins Detail zu gehen: Das kommt vor.

Rechtsanwälte tun gut daran, sich schon bald entsprechend weiterzubilden. Sie sollten Arbeitsergebnisse von KI-Anwendung nicht einfach „manuell“ überprüfen; dies würde den Sinn und Zweck der Verwendung der KI in vielen Fällen konterkarieren. Sie sollten vielmehr in der Lage sein, die Ergebnisse der KI –

heuristisch – kritisch zu bewerten. Dies erfordert ein Verständnis für die Art und Weise, wie KI-Programme arbeiten – inklusive der verschiedenen Arten von Halluzinationen.

**VERANTWORTUNG DER TECHNOLOGIE-UNTERNEHMEN.** Technologieunternehmen, die KI-gestützte Rechtsrecherche-Tools anbieten, tragen erhebliche Mitverantwortung. Sie müssen sicherstellen, dass ihre Systeme so genau und zuverlässig wie möglich funktionieren. Dies erfordert kontinuierliche Forschung und Entwicklung sowie umfangreiche Tests, um die Fehlerquoten zu minimieren.

Anbieter sollten darüber hinaus aber auch transparent die Limitationen ihrer Technologien kommunizieren. Anwender haben ein Recht darauf, nicht nur pauschal über die Existenz von Risiken, sondern auch über ihr Wesen informiert zu werden.

Eine enge Zusammenarbeit mit der juristischen Gemeinschaft ist dafür unerlässlich. Um die besten Ergebnisse zu erzielen, bedarf es eines ständigen Austausches von Wissen und Erfahrung. Von

**„KI-Verweigerer werden ein ähnliches Schicksal erleiden wie Juristen im 19. Jahrhundert, die sich der Schreibmaschine widersetzen.“**

einem solchen können freilich beide Seiten profitieren: Rechtsanwälte und Technologieunternehmen. Letztendlich können diese beiden Akteure ohnedies nur gemeinsam Lösungen entwickeln, welche die Zuverlässigkeit und Genauigkeit von KI-gestützten Tools verbessern. Konferenzen, Workshops und Diskussionsforen, wie sie in Österreich zum Beispiel der Juristenverband anbietet, tragen dazu bei, diesen Dialog zu fördern. Sie bieten jene Plattform, welche die KI im Rechtsbereich benötigt.

**ZUKUNFTSAUSSICHTEN.** Die Technologie im Bereich der künstlichen Intelligenz entwickelt sich ständig weiter. Zukünftige Fortschritte werden Genauigkeit und Zuverlässigkeit von KI-gestützten Rechtsrecherche-Tools weiter verbessern. Die Halluzinationsraten werden sinken, die Qualität der generierten Antworten wird steigen.

Mit steigender Zuverlässigkeit wird auch die Integration von KI in den juristischen Arbeitsalltag zunehmen. Rechtsanwälte müssen nolens volens die neuen Technologien in ihre Arbeitsprozesse integrieren und die notwendigen Fähigkeiten erwerben. Selbst juristisches Wissen zu haben wird hingegen eine Eigenschaft sein, die in den Hintergrund tritt. Wozu Tausende von Paragrafen kennen? Wichtiger ist es, den richtigen Prompt formulieren zu können.

Neben diesen technischen Herausforderungen gibt es auch ethische Fragen, die berücksichtigt werden müssen: Die Interessen der Mandanten müssen selbstverständlich in zumindest jenem Maß geschützt werden wie bei konventioneller Rechtsberatungsarbeit. Dies schließt zum Beispiel die Vermeidung von Diskriminierung ein, die durch verzerrte Daten(auswahl) entstehen kann. Auch Transparenz ist ein wichtiger Aspekt: Mandanten sollten wissen, wenn KI-gestützte Systeme für sie eingesetzt werden und welche Auswirkungen dies haben kann.

Für die juristische Berufswelt bedeutet die zunehmende Nutzung von KI, dass nicht nur die Kenntnis von Gesetzen und Judikatur schon sehr bald wertlos werden wird, auch die juristische Recherche ist etwas, das schon bald KI-Anwendungen viel schneller und viel besser beherrschen werden als jeder Mensch. Weiters wird es ohne zumindest

ein gewisses Grundverständnis für Informationstechnologie schon bald keine Karrierechancen in der Juristerei mehr geben. Juristen, welche jetzt die KI-Revolution verleugnen, wird schon in wenigen Jahren dasselbe Schicksal ereilen, welches Juristen im 19. Jahrhundert erfuhren, die sich der Schreibmaschine zu widersetzen suchten. Und schließlich wird die zunehmende Zahl an Aufgaben, welche KI-Anwendungen übernehmen, überhaupt den Bedarf an (menschlichen) Juristen senken. All das erfordert freilich eine Umstellung der juristischen Ausbildung.

Nicht zuletzt erfordert die Art und Weise, wie Rechtsberatung – und später mitunter auch Rechtsprechung – verändert wird, eine kontinuierliche öffentliche Debatte und allenfalls auch legislative Maßnahmen. Es muss nämlich sichergestellt werden, dass die Technologie im Einklang mit den Grundsätzen und Werten der Gesellschaft eingesetzt wird. ■

FOTO: BEGESTELLT